Landesverband Sozialpsychiatrie
Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Landesverband Sozialpsychiatrie M-V e. V. · Carl-Hopp-Straße 19 a · 18069 Rostock

Geschäftsstelle
Carl-Hopp-Straße 19 a
18069 Rostock
E-Mail: lv@sozialpsychiatrie-mv.de
Internet: www.sozialpsychiatrie-mv.de

Bankverbindung
Ostseesparkasse Rostock
IBAN: DE26 1305 0000 0455002053
BIC: NOLADE21ROS

Ihr Ansprechpartner
Karsten Giertz
Telefon: +49 381 8739423-1

E-Mail: karsten.giertz@sozialpsychiatrie-mv.de

13.01.2026

Mecklenburg-Vorpommern ein Land zum Leben auch für Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen? Ein kritischer Blick auf Entwicklungen in der Eingliederungshilfe

Sehr geehrte Damen und Herren,

jährlich erkranken in der erwachsenen Bevölkerung von Deutschland ca. 27,8 % an einer behandlungsbedürftigen psychischen Erkrankung (Jacobi et al. 2014). Ausgehend von diesen bevölkerungsbezogenen Daten kann der Anteil von Menschen mit psychischen Erkrankungen in Mecklenburg-Vorpommern auf etwa 200.000 Personen zwischen dem 18. und 60. Lebensjahr geschätzt werden (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2025). In einem aktuellen Bericht zur psychischen Gesundheit geht die Weltgesundheitsorganisation (WHO 2022) davon aus, dass im Zusammenhang mit den primären und sekundären Folgen von gesellschaftlichen und umweltbedingten Krisen die Häufigkeit von psychischen Erkrankungen und der Bedarf an entsprechenden Behandlungs-, Unterstützungs- und Versorgungsangeboten in der Bevölkerung in den nächsten Jahren weiter zunehmen werden. Aktuelle bevölkerungsbezogene Untersuchungen legen in diesem Zusammenhang auch für Deutschland einen Anstieg an ernstzunehmenden psychosozialen Belastungen und behandlungsbedürftigen psychischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen sowie bei Erwachsenen nahe (vgl. Ravens-Sieberer et al. 2022; Kaman et al. 2023; Walther et al. 2025). Vor allem sozioökonomisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen sowie Bevölkerungsgruppen aus ländlich geprägten, strukturschwachen und sozioökonomisch deprivierten Regionen, gehören zu einer Personengruppe, die ein hohes Risiko für psychische Gesundheitsbelastungen aufweist (vgl. Wollgast et al. 2025).

Rund 1 bis 2 % der Betroffenen mit einer psychischen Gesundheitsbeeinträchtigung leiden an den schweren und langanhaltenden Auswirkungen ihrer psychischen Erkrankung, die mit deutlichen Einschränkungen in verschiedenen Lebensbereichen und einer intensiven Inanspruchnahme von psychiatrischen und psychosozialen Hilfen einhergeht (DGPPN 2019).

Vorsitzende: Sandra Rieck (Wismar) | **Stellv. Vorsitzender:** Karin Niebergall-Sippel (Schwerin),
Schatzmeister: Hans-Christian Offermann (Stralsund) | **Beisitzer:** Heike Nitzke (Uecker-Randow), Thomas Nehls (Stralsund), Frank Lübbe (Herne)
Eintragung: Amtsgericht Schwerin VR 885 | **Geschäftsführer: Karsten Giertz** (Rostock)

Gemessen an der Gesamtbevölkerungszahl von Mecklenburg-Vorpommern lässt sich dieser Anteil auf 7.000 bis 15.000 Personen zwischen dem 18. und 60. Lebensjahr schätzen (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2025).

Schwere psychische Erkrankungen gehen mit zahlreichen psychosozialen Beeinträchtigungen und gesellschaftlichen Teilhabeeinschränkungen einher (Übersicht in Giertz et al. 2022). So weist diese Personengruppe im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung ein deutlich höheres Risiko für Beschäftigungslosigkeit, soziale Einsamkeit, Armut, Verschuldung, Wohnungslosigkeit, Viktimisierung, komorbide somatische Erkrankungen und frühere Sterblichkeit auf. Aufgrund dieser multiplen psychosozialen Beeinträchtigungen stellen Beratungs- und Unterstützungsleistungen aus dem Bereich der Eingliederungshilfe für viele Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen eine unverzichtbare Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben, soziale Teilhabe und Stabilität im Alltag dar. So lässt sich der Anteil dieser Nutzer*innengruppe im Bereich der Eingliederungshilfe nach §§ 90 ff. SGB IX bundesweit auf rund 51 % schätzen (ebd.). Unterstützungsangebote wie Assistenzleistungen, betreutes Wohnen, tagesstrukturierende Maßnahmen oder psychosoziale Begleitung sind neben der psychiatrisch-medizinischen Behandlung keine freiwilligen Zusatzleistungen, sondern notwendige Voraussetzungen, um schwere Erkrankungsverläufe im Sinne von Recovery zu bewältigen, psychosozialen Krisen entgegenzuwirken und stationäre Klinikaufenthalte zu vermeiden.

Wir vom Landesverband Sozialpsychiatrie Mecklenburg-Vorpommern e. V. sehen deshalb die aktuellen sozialpolitischen Diskurse in Mecklenburg-Vorpommern rund um den finanziellen Kostendruck im Bereich der Eingliederungshilfe durch eine Ausgabensteigerung bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und um die geplanten Kosteneinsparungen durch das Haushaltsbegleitgesetz mit großer Sorge. Bis heute fehlt es in Mecklenburg-Vorpommern an aussagekräftigen Daten im Hinblick auf die Kostenentwicklung im Bereich der Eingliederungshilfe insbesondere im Zusammenhang mit dem Bundesteilhabegesetz. Im aktuellen Kennzahlenvergleich der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe und der Eingliederungshilfe (BAGüS) weist Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu den anderen Bundesländern bei den Leistungen zur Förderung der sozialen Teilhabe in der eigenen Häuslichkeit oder in besonderen Wohnformen die geringsten Pro-Kopf-Ausgaben für Menschen mit Behinderungen auf (BAGüS 2025). Laut den bundesweiten BAGüS-Daten sind zwar die jährlichen Ausgaben zwischen 2020 und 2023 von 21,8 Mrd. auf 26,2 Mrd. Euro deutlich angestiegen (Schartmann 2025). Allerdings lässt sich diese Kostenentwicklung nur zu einem geringen Teil auf Inflation, erhöhte Personalkosten im Zusammenhang mit Tarifsteigerungen bei den Leistungserbringern oder durch eine Zunahme von Leistungsberechtigen im Bereich der Eingliederungshilfe erklären.

Mit einer Steigerung von 501 Mio. auf 600 Mio. Euro ist im Bereich der Eingliederungshilfe aufseiten der behördlichen Verwaltung laut den BAGüS-Analysen die höchste Kostensteigerung festzustellen. So haben sich die Personalausgaben beim Fachpersonal für die personenzentrierte Bedarfsplanung um 218 % und die Personalausgaben bei den Sachbearbeiter*innen im Bereich der Verwaltung um 69 % erhöht und nehmen den größten Anteil der Kostenentwicklung ein (ebd.). Da für Mecklenburg-Vorpommern bisher keine konkreten Daten vorliegen, muss davon ausgegangen werden, dass die bundesweiten Kostenentwicklungen sich auch hierzulande so widerspiegeln. Mit großer Sorge beobachten wir daher die aktuellen Diskurse in Mecklenburg-Vorpommern zu gestiegener

Kostenentwicklung im Rahmen der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und den damit einhergehenden Tendenzen zu Kosteneinsparungen im Bereich der Eingliederungshilfe. Aus unserer Einschätzung lassen sich bisher keine auffälligen Kostensteigerungen in der direkten Unterstützung von Menschen mit Behinderungen im Bereich der Eingliederungshilfe ausmachen.

Aus fachlicher, sozialpolitischer und menschenrechtlicher Perspektive ist zu erwarten, dass fehlgesteuerte Maßnahmen zur Kostenreduktion zu einer erheblichen Verschlechterung der Lebenssituation von Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen und ihren Zu- und Angehörigen hierzulande führen werden. Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen benötigen flexible, kontinuierliche und verlässliche Unterstützung – keine Versorgung nach finanzieller Kassenlage. Bereits jetzt zeichnen sich in vielen Regionen von Mecklenburg-Vorpommern die negativen Entwicklungen und Fehlsteuerrungen ab. So sind zum Beispiel in fast allen psychiatrischen Kliniken vermehrt Patient*innen untergebracht, bei denen eine eindeutige psychiatrische Behandlungsindikation fehlt, die jedoch eine weiterführende psychosoziale Unterstützung beispielsweise in den besonderen Wohnformen im Bereich der Eingliederungshilfe benötigen, aber wegen mangelnder Nachsorgemöglichkeiten wiederum nicht entlassen werden können (vgl. Jenderny et al. 2024). Aufgrund der schlechten Refinanzierung von Fachleistungsstunden sehen viele Leistungserbringer von einer Nachsorge insbesondere von Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen und komplexen Unterstützungsbedarfen hierzulande ab. Hinzu kommt ein hoher Anteil von Menschen mit psychischen Erkrankungen aus anderen Bundesländern, die die Kapazitäten in den besonderen Wohnformen mit ca. 30 % zusätzlich belegen und deren Unterstützung von den Leistungsträgern aus den anderen Bundesländern besser refinanziert wird (vgl. Jenderny et al. 2021). Diese komplexe Versorgungsproblematik führt in vielen Regionen von Mecklenburg-Vorpommern dazu, dass insbesondere Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen und komplexen Problemlagen aufgrund der Unterversorgung im Bereich der Eingliederungshilfe einem hohen Risiko ausgesetzt sind, in die Wohnungslosigkeit zu exkludieren oder in anderen Bundesländern untergebracht zu werden.

Weitere Kostenreduktionen im Bereich der besonderen Wohnformen würden zwar kurzfristig die Kosten senken, gleichzeitig jedoch das Problem mit der Fremdvergabe weiter verschärfen. Bereits jetzt führt dieser Preisunterschied dazu, dass Leistungserbringer auswärtige Belegungen wirtschaftlich bevorzugen müssen, um die Refinanzierung ihrer Angebote aufrechtzuerhalten, während Menschen mit Unterstützungsbedarf aus Mecklenburg-Vorpommern auf Wartelisten verbleiben. Der ohnehin bestehende Preisabstand zu anderen Bundesländern würde sich durch weitere Einsparrungen vergrößern und dazu beitragen, besondere Wohnangebote in Mecklenburg-Vorpommern primär aus Kostengründen für externe Belegungen zu nutzen – zulasten einer bedarfsgerechten Versorgung der betroffenen Menschen im Land.

Auch die Kosteneinsparrungen im Bereich der kommunalen freiwilligen Leistungen wie niedrigschwellige Beratungsstellen, Suchtberatungs- oder Schuldnerberatungsstellen können die Einsparungen in der Eingliederungshofe nicht kompensieren und treffen eine Personengruppe, die ohnehin in besonderem Maße von sozialer Ausgrenzung, Armut und gesundheitlicher Benachteiligung betroffen ist. Reduzierte Leistungsumfänge, restriktivere Bewilligungspraxis oder der Wegfall niedrigschwelliger Angebote führen bei diesem Personenkreis absehbar zu einer Zunahme von Krisensituationen, Klinikaufenthalten,

Wohnungslosigkeit und sozialem Rückzug. Damit drohen nicht nur individuelle Leidensverschärfungen, sondern auch mittel- und langfristig höhere Kosten für das Gesundheits- und Sozialsystem in Mecklenburg-Vorpommern.

Darüber hinaus gefährden Einsparungen die Arbeit in der Praxis. Fachkräftemangel, steigende Arbeitsbelastung und finanzielle Unsicherheit führen zu Qualitätsverlusten, Fluktuation und im schlimmsten Fall zum Rückzug von Angeboten, insbesondere im ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns. Eine bedarfsgerechte sozialpsychiatrische Versorgung wird so weiter ausgedünnt.

Wir vom Landesverband Sozialpsychiatrie Mecklenburg-Vorpommern e.V. appellieren daher eindringlich an die politisch Verantwortlichen auf Landes- und kommunaler Ebene, von weiteren Kürzungen in der Eingliederungshilfe abzusehen, die besonderen Bedarfe von Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen angemessen zu berücksichtigen, die UN-Behindertenrechtskonvention konsequent umzusetzen und die Eingliederungshilfe als Investition in Teilhabe, Prävention und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu begreifen.

Als Fachverband fordern wir eine transparente und differenzierte Darstellung der landesweiten Kostenentwicklung im Zusammenhang mit der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes. Darüber hinaus sollte zwischen allen beteiligten Akteur*innen der psychiatrischen und psychosozialen Versorgung inklusive der Selbsthilfe und der Interessensvertretung von Menschen mit Behinderungen und ihren Zu- und Angehörigen analysiert werden, wie die bestehenden Ressourcen durch eine bessere sektorübergreifende Koordination der Behandlungs- und Unterstützungsleistungen sowie durch eine verbindliche und fachliche Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten Akteur*innen der psychiatrischen und psychosozialen Versorgung optimiert werden können. Um nachhaltige Lösungen im Zusammenhang mit dem zunehmenden Ressourcen- und Fachkräftemangel im Sozial- und Gesundheitswesen zu entwickeln, sollte über Modellprojekte insbesondere im ländlichen Raum überprüft werden, wie die psychiatrische und psychosoziale Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern zukünftig weiterentwickelt und optimiert werden kann.

Gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen stehen wir als Landesverband Sozialpsychiatrie Mecklenburg-Vorpommern e.V. zur Zusammenarbeit bereit, um die aktuellen Herausforderungen in der psychiatrischen und psychosozialen Versorgung anzugehen und zu bewältigen.

Rostock, 13.01.2026

Landesverband Sozialpsychiatrie Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Referenzen:

BAGüS – Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe und der Eingliederungshilfe (2025). BAGüS-Kennzahlenvergleich Eingliederungshilfe 2025: Berichtsjahr 2023. Abrufbar unter: https://kennzahlenvergleich-eingliederungshilfe.de/images/berichte/2025_consens_BAGS-Kennzahlenvergleich_Eingliederungshilfe_Berichtsjahr_2023.pdf (zuletzt 05.01.2026)

DGPPN – Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (Hrsg.) (2019). S3-Leitlinie Psychosoziale Therapien bei schweren psychischen Erkrankungen. Berlin, Springer Verlag, 2. Aufl.

Giertz, K., Speck, A. & Steinhart, I. (2022). Soziale Teilhabe schwer psychisch kranker Menschen – Daten und Fakten. In: Giertz, K., Große, L. & Röh, D. (Hrsg.), Soziale Teilhabe professionell fördern: Grundlagen und Methoden der qualifizierten Assistenz (S. 32-46). Köln, Psychiatrie Verlag.

Jacobi, F.; Höfler, M.; Strehle, J.; Mack, S.; Gerschler, A.; Scholl, L.; Busch, M. A.; Maske, U.; Hapke, U.; Gaebel, W.; Maier, W.; Wagner, M.; Zielasek, J. & Wittchen, H.-U. (2014). Psychische Störungen in der Allgemeinbevölkerung: Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland und ihr Zusatzmodul Psychische Gesundheit (DEGS1-MH). In: Der Nervenarzt, 85, S. 77-87.

Jenderny, S.; Claus, S.; Falkai, P.; Heinz, A.; Meyer-Lindenberg, A.; Pograell, O.; Wilms, B. & Steinhart, I. (2024). Entlassen, aber wohin? Zur aktuellen Situation der „Langlieger“ in deutschen psychiatrischen Kliniken. In: Psychiatrische Praxis, 51, S. 361-366.

Jenderny, S. Speck, A.; Giertz, K. & Steinhart, I. (2021). Psychisch erkrankte Menschen mit herausfordernden Verhaltensweisen: geschlossene Unterbringung als No-Go? In: Giertz, K.; Große, L. & Gahleitner, S. B. (Hrsg.), Hard to reach: schwer erreichbare Klientel unterstützen (S. 61-69). Köln, Psychiatrie Verlag.

Kaman, A.; Erhart, M.; Devine, J.; Reiß, F.; Napp, A.-K.; Simon, A. M.; Hurrelmann, Kl.; Schlack, R.; Hölling, H.; Wieler, L. H. & Ravens-Sieberer, U. (2023). Two years of pandemic: the mental health and quality of life of children and adolescents—findings of the COPSY longitudinal study. In: Deutsches Ärzteblatt international, 120(15), pp. 269-270. doi: 10.3238/arztebl.m2023.0001

Ravens-Sieberer, U.; Wille, N.; Bettge, S. & Erhart, M. (2022). Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. In: Bundesgesundheitsblatt - Gesundheitsforschung - Gesundheitsschutz, Vol. 50, No. 5-6, p. 871-878.

Schartmann, D. (2025). Die Umsetzung des BTHG: Wie können aus den Belastungen für Betroffene und Träger echte Chancen und Verbesserungen werden? Vortrag gehalten auf der DGSP Jahrestagung 2025 „Lebensspanne – Spannendes Leben: Psychische Erkrankungen im Lebenszyklus“ am 16. Oktober 2025 in Leverkusen.

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2025). Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 2025. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin, abrufbar unter: https://www.laiv-

mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/Statistisches%20Jahrbuch/2011%202025%2000.pdf (zuletzt 05.01.2026).

Walther, L.; Vogelgesang, F.; Schaffrath Rosario, A.; Kersjes, C.; Thom, J.; Peitz, D.; Beese, Fl., Hölling, H. & Mauz, E. (2025). Depressive und Angstsymptomatik bei Erwachsenen in Deutschland: Ergebnisse aus dem Panel „Gesundheit in Deutschland“ 2024. In: Journal of Health Monitoring 2025, 10(4): e13554. doi: 10.25646/13554

Wollgast, L.; Kerjs, C. & Michalski, N. (2025). Regionale sozioökonomische Deprivation, sozioökonomischer Status und depressive Symptomatik: eine Mehrebenenanalyse mit Daten der Studie GEDA 2019/2020. In: Bundesgesundheitsblatt, 68, S. 1118-1127.

WHO – World Health Organization (2022). World mental health report: Transforming mental health for all. Geneva: World Health Organization; 2022. Licence: CC BY-NC-SA 3.0 IGO.